

Krieg und Frieden

Dramatisierungsstrategien im kolumbianischen Krisendiskurs

Guerre et paix. Stratégies de dramatisation dans le discours de crise colombien

War and Peace. Strategies of Dramatization in the Colombian Crisis Discourse

Anna-Lena Dießelmann



Édition électronique

URL : <http://journals.openedition.org/ceg/2387>

DOI : [10.4000/ceg.2387](https://doi.org/10.4000/ceg.2387)

ISSN : 2605-8359

Éditeur

Presses Universitaires de Provence

Édition imprimée

Date de publication : 26 octobre 2017

Pagination : 141-156

ISBN : 979-10-320-0129-5

ISSN : 0751-4239

Référence électronique

Anna-Lena Dießelmann, « Krieg und Frieden », *Cahiers d'Études Germaniques* [Online], 73 | 2017, Online erschienen am: 26 April 2019, abgerufen am 23 November 2020. URL : <http://journals.openedition.org/ceg/2387> ; DOI : <https://doi.org/10.4000/ceg.2387>

Tous droits réservés

Krieg und Frieden

Dramatisierungsstrategien im kolumbianischen Krisendiskurs

Anna-Lena DIEBELMANN
Universidad del Valle, Cali, Kolumbien

Krieg in Kolumbien

In Kolumbien herrscht seit über 60 Jahren ein Bürgerkrieg zwischen verschiedenen Guerillagruppen, darunter FARC-EP (Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia – Ejército Popular) und ELN (Ejército de Liberación Nacional)¹, paramilitärischen Organisationen und den Truppen der Regierung. 2013 begannen die Gespräche zwischen der FARC und der Regierung in Havanna auf Kuba, in denen die Demobilisierung und Waffenniederlegung seitens der Guerilla verhandelt wurde und die im Oktober 2016 zum Abschluss kamen. Das Ziel war eine Beendigung des bewaffneten Konflikts und eine Wiedereingliederung der Rebellen. Der bewaffnete Konflikt konnte bisher allerdings nicht nennenswert gemildert werden, sondern muss als Ausdruck komplexer sozialer Konflikte und Ungerechtigkeiten verstanden werden. Kolumbien rangiert nach dem GINI-Index unter den Ländern der höchsten sozialen Ungleichheit. Der Anlass dieses Artikels ist daher die Beobachtung dieses Widerspruchs zwischen der weiterhin höchst angespannten, gewaltdurchzogenen Situation in Kolumbien und dem international manifestierten Friedensdiskurs der kolumbianischen Regierung – vor allem unter Vormundschaft des Präsidenten Juan Manuel Santos selbst.

-
1. Die Revolutionären Streitkräfte Kolumbiens – Volksarmee, FARC – wurden 1964 als marxistisch ausgerichtete Guerillagruppe gegründet und sind eine der ältesten Guerilla-Organisationen Lateinamerikas. Ursprünglich guevaristisch orientiert, passten sie sich im Laufe der Zeit an die Bedingungen des Überlebenskampfes in der Illegalität an. Schutzgelderpressung und Drogenhandel wurden zu ihren Haupteinnahmequellen. Nach der massenhaften Ermordung von über 3000 ihrer Mitglieder durch Paramilitärs und das kolumbianische Militär nach dem letzten „Friedensprozess“ im Jahr 1985 befinden sich heute noch ca. 10 000 bewaffnete Männer und Frauen der FARC im Kampf gegen die Regierung. Die Nationale Befreiungsarmee, ELN, gilt als zweitgrößte Guerillagruppe des Landes und ist vor allem für Anschläge auf die Infrastruktur wie Ölpipelines bekannt. Die ELN besteht seit 1964 und hat sich in der linken Bewegung unter anderem wegen der Zugehörigkeit zahlreicher Befreiungstheologen wie Camilo Torres in ihren Reihen einen Namen gemacht. Gespräche zwischen Regierung und ELN wurden bereits zu Beginn 2016 angekündigt, aber vorerst wieder ausgesetzt.

Während aus den Armeestützpunkten täglich Militärhubschrauber in die „Krisen-“ (sprich: „Kriegs-“) Gebiete fliegen und „neutralisierte“ Guerilleros zu den alltäglichen Erfolgsmeldungen in den kolumbianischen Massenmedien gehören, wird international bereits vom Postkonflikt berichtet; obwohl Kolumbien in Statistiken zu intern Vertriebenen und Landminenopfern (davon sind je 80 % zivile Opfer) weltweit jeweils den zweiten Rang belegt, gilt das Land trotzdem als in einem positiven Transitionsprozess begriffen. Nicht zuletzt die Bekanntgabe der Unterzeichnung eines beidseitigen Waffenstillstandes zwischen FARC und Regierung im Juni 2016 wurde von nationalen und internationalen Medien aufgegriffen, als wäre das Friedensabkommen bereits unterzeichnet. So titelte Santos selbst in einer Pressemitteilung zum Ereignis: „Unesco feiert das Friedensabkommen in Kolumbien“². Und auch die deutschen Medien übernahmen die Euphorie: „Frieden mit FARC-Rebellen“ (Die Tageszeitung, 23.06.2016). Selbst das „Nein“ der Bevölkerung im Plebiszit zum Friedensabkommen im Oktober 2016, die Beteiligung der Ultrarechten in der Neuverhandlung, die Unterzeichnung des „neuen“ Abkommens im Parlament oder die ungebremst steigende Zahl ermordeter Menschenrechtsaktivisten im Jahr 2016 konnten das Bild der sich verbessernden Bedingungen im Land nicht anfechten. Kriege, Krisen und deren Repräsentation in Medien sind auf dieser Welt keine Seltenheit. Was ist die Besonderheit der kolumbianischen Krise? Kolumbien ist die älteste Demokratie Lateinamerikas, hat nie einen Militärputsch oder eine Diktatur erlebt, ist aber das demokratische Land mit dem weltweit längsten bewaffneten Konflikt. Kolumbien ist eine Demokratie in permanenter „Krise“. Da Kolumbien aber als Handelspartner vor allem wegen seiner Rohstoffvorkommen, z.B. als größter Kohlelieferant für Europa von Bedeutung ist, jedoch wirtschaftliche Beziehungen der EU sowie jeweils einzelner EU-Länder mit sogenannten Krisengebieten einer gesonderten Legitimation bedürfen, wird dieser Konflikt entdramatisiert. Die Darstellung Kolumbiens als Land im „Postkonflikt“ spielt im Zuge des seit August 2013 in Kraft getretenen Handelsabkommens zwischen der EU und Kolumbien eine wichtige Rolle (vgl. Dießelmann und Hetzer 2015). In diesem Artikel wird mittels einer Diskursanalyse unter Anwendung des Dramatismus nach Kenneth Burke³ der Krisen- und Friedensdiskurs der kolumbianischen Regierung kritisch analysiert. Ziel der Analyse ist die Dekonstruktion des politischen Diskurses in Kolumbien als Instrument der Einflussnahme auf die öffentliche Meinungsbildung und die damit einhergehende Legitimation internationaler wirtschaftlicher Interessen.

Ratios nach Burke als Analysemethode sprachlicher Dramatisierung und Entdramatisierung

Die in Havanna geführten sogenannten Friedensverhandlungen zwischen FARC und Regierung sind aus linguistischer Sicht vor allem ein sprachlicher Prozess,

2. Alle Übersetzungen von der Verfasserin.

3. Zur genaueren Beschreibung der Methode vgl. Dießelmann 2016.

von dem eine hohe Performanz erwartet wird. Mögliche Vereinbarungen werden getroffen und unterschrieben. Daraus abgeleitete Gesetze werden verabschiedet, damit sie in Kraft treten. In Kolumbien soll eine Übergangsjustiz über die Verbrechen des Bürgerkrieges urteilen und die Opfer entschädigen. Die im Rahmen dieser Spezialjustiz möglichen Amnestien für FARC-Kämpfer sind regelmäßig Grund für heftige politische Auseinandersetzungen und werden vor allem seitens der Ultrarechten kritisiert. Gesetze haben in repräsentativen Demokratien keine Geltung ohne den performativen Akt ihrer Versprachlichung. Sowohl Rechtsetzung als auch Rechtsprechung sind sprachliche performative Phänomene. Die Schaffung des Friedens wird von beiden Verhandlungspartnern als Ziel der Gespräche gesetzt und verschafft ihnen damit hohe Legitimität, obwohl unterdessen der Krieg im Land weitergeht.

Kriegs- und Notstandsrechte, die ihrer Definition nach in strengem Kontrast zur demokratisch-rechtsstaatlichen Normalität stehen, sind seit Jahrzehnten Bestandteil des demokratischen Gouvernements in Kolumbien.⁴ Dieses Gouvernement bezieht sich auf den Ausnahmezustand als einen asymmetrischen Zustand, der durch Dramatisierung hervorgerufen wird und dessen Entdramatisierung die Regierung als kompetente Kraft erscheinen lässt, allerdings nur bis zum Scheidepunkt der Legitimität staatlichen Handelns. Ausnahmezustand und Krise sind erzeugte Bilder, die über Sprache evoziert werden. Dieses Bild entsteht in bestimmten Verhältnissen verschiedener Elemente des Diskurses⁵, die Burke in seinem Hauptwerk „A Grammar of Motives“ ratios nennt. Unter ratio wird nach Burke (1969a: 13) das Verhältnis zwischen den Elementen des Diskurses verstanden. Zunächst macht Burke fünf elementare Einheiten in Szenen aus: Act als die Handlung selbst; scene als die Situation der Handlung, konkrete Verankerung in Raum und Zeit; agent als die beteiligten Personen, ebenso wie counter-agent und co-agent; agency für die Art und Weise der Handlungsausführung; purpose für Motivation, Intention und Gründe für die Handlung. In der recht häufig auftretenden scene-act-ratio z.B. beinhaltet die Szene den Akt. Typische Argumentationen und Motive wären die Aussagen, die Handelnde zu „prisoners of the situation“ machen. Scene-agent-ratios

4. Von 1949 bis 1991 galt der Notstand insgesamt 330 Monate lang, die Ausnahme war fast permanent. Allein in den 21 Jahren zwischen 1970 und 1991 wurde in Kolumbien 206 Monate lang, also 17 Jahre oder über 80 % der Zeit, unter Ausnahmezustand regiert. Während des Ausnahmezustands werden starke Einschränkungen des Versammlungsrechts durchgesetzt und Gerichtsprozesse vor Militär- statt vor Zivilgerichten geführt (vgl. García Villegas 2008).

5. Unter Diskurs wird in Anlehnung an Foucault (2003 [1970]) ein sprachlich produzierter Bedeutungszusammenhang verstanden, der Machtstrukturen zur Grundlage hat und diese zugleich erzeugt. Äußerungen sind nicht wiederholbare, „zeitlich-räumlich spezifische Aussageneignisse“ und als die Atome des Diskurses analysiert (Bühmann / Schneider 2008: 26). Der Diskurs kann nach Link in drei Diskurstypen – Spezial-, Inter- und Elementardiskurs – unterteilt werden. Die Methoden der Diskursanalyse eignen sich dazu, verschiedene Typen und Stränge sowie Topoi aufeinander beziehen zu können und vergleichbar zu machen, um Deutungsrahmen und Möglichkeiten des Wissens offen zu legen. Mit der Erforschung der Rolle der Medien für den Normalismus lässt sich die „Ausnahme“ als mediopolitisches Narrativ verdeutlichen (vgl. Reisigl 2007).

hingegen, in denen also Szene und Akteur/in in einer synekdotischen Beziehung stehen, seien nicht einfach durch „containerte“ und „containernde“ Elemente zu beschreiben, sondern durch ein Zusammenspiel der Personen und des Ortes. Mit diesen Schlüsselbegriffen lässt sich die Dramatisierung von Handlungen und Geschehen analysieren, indem ihre Rolle und Funktion untersucht wird. Mit diesem Repertoire lassen sich prototypische diskursive und politische Topoi erklären und beschreiben. Burke folgend wird angenommen, dass wenn Sprache benutzt wird, diese auch die / den Sprecher/in benutzt. Krisenrhetorik ist grundlegend geprägt von Dramatisierungs- und parallelen Entdramatisierungsstrategien, die ebenfalls als ratios analysiert werden können. Rolle und Funktion von Handlungen und Ereignissen können daraufhin untersucht werden, ob sie einen Inhalt transportieren, auslösen, beinhalten oder in einem anderen Terminus beinhaltet sind (vgl. Burke 1969a: 503-504). Die gegenläufigen Tendenzen des Krisendiskurses in Kolumbien bestehen darin, dass einerseits die Repräsentation der Krise im Diskurs mit Dramatisierung einhergeht, während aber andererseits eine Demokratie wie Kolumbien zumindest den Anschein bewahren muss, dass die Regierung handlungsfähig bleibt und das Land kontrolliert, um nicht als „failed state“ interpretiert zu werden.



Abbildung 1: Schematische Darstellung der ratios nach Burke. Quelle: Eigene Darstellung

Diese Beschreibung liefert eine grundlegende Möglichkeit, die kausalen – sowie die nicht kausallogischen – Implikationen und Folgerungen ableiten und nachvollziehen zu können (vgl. Burke 1969a). Die möglichen ratios verstehe ich wie Burke als Prinzipien der Determination von Inhalten. Kennzeichnend für die Krisenrhetorik ist die von Burke für die ratios beschriebene Zuständigkeit sowohl der Akteur/innen als auch der Szene für die Dramatisierung und Schilderung von Ausweglosigkeit. Dabei beziehen sich viele Argumente und Begründungen weniger auf einzelne Elemente des Diskurses, als vielmehr auf bestimmte Verhältnisse zwischen diesen Elementen. Burke entwickelte dazu eine Interpretationsweise, die Kommunikation als Drama versteht. Diese Methode

lässt auch soziale Beziehungen verstehen, indem sie Gesellschaft mit Drama vergleicht und so erklären, wie Handlungen legitimiert und begründet werden.

Wie kann Burkes Methode auf den Diskurs in und über Kolumbien bezogen werden? Unter Anwendung des Instrumentariums kann aufgezeigt werden, dass der Begriff „Frieden“ zur Beschreibung der scene verwendet wird und alle Handlungen und Akteure dadurch determiniert werden können. Der Mediendiskurs in Kolumbien zeigt vorwiegend auf den agent, namentlich die linksorientierten Guerillagruppen FARC-EP und ELN. Das hat unter anderem zur Folge, dass die Setzung von Postkonflikt als scene den Sprech- und Handlungsrahmen⁶ der FARC soweit limitiert, dass alle Äußerungen und Aktionen, die nicht dem Frieden angemessen sind, folglich zum Ausschluss aus dem Diskurs und zum Verlust der Legitimität führen. Der Deutungsrahmen des Begriffs wird stetig erweitert und Frieden wird zum „Zentralgebiet“. Bei Burke findet sich für diese semantischen Räume, die in sich alle Bereiche öffentlichen Sprechens einschließen, der Ausdruck „szenischer Begriff“ (Burke 1969b).⁷ „Frieden“ wird aber auch als purpose verwendet, besonders, wenn darüber acts und agents definiert werden. Die Regierung handelt in ihrer Selbstdarstellung stets im Sinne des Friedens. Durch den purpose definiert sich die Regierung als agent. Gleichzeitig wird seitens der Regierung die Intention der FARC immer wieder in Frage gestellt, um sie auf diese Weise allein verantwortlich für Verzögerungen in den Verhandlungen zu machen. So zitiert eine kolumbianische Pressemitteilung den spanischen Präsidenten: „Ich hoffe, dass FARC und ELN die historische Chance nutzen werden, die ihnen Präsident Santos anbietet“ (03.11.2014)⁸. In dieser Lesart trägt die FARC die Verantwortung für die Dramatisierung der Lage, wohingegen die Regierung den Frieden anbietet und die Auseinandersetzung entschärft. Für beide ratios werden im Folgenden Beispiele angeführt.

Dramatisierungsstrategien

Denormalisierungsgänge werden über Pressemitteilungen im mediopolitischen Diskurs geschürt und sogleich beruhigt. Denn „[e]s gehört zu jeder Krise, dass sie als außerordentlich und dramatisch erlebt wird“ (Rühle / Brendecke 2011). Dazu werden in Kolumbien vor allem die expliziten Meldungen über Angriffe und „Attacken“ der Guerilla gegen die öffentliche Ordnung und Sicherheit benutzt.

-
6. An dieser Stelle sei darauf hingewiesen, dass unter frames oder Wissensrahmen ein mentales Konzept verstanden wird, welches zum Verstehen von sprachlichen Handlungen beiträgt und andere Semantiken um eine notwendige Ebene ergänzt. Das nicht offensichtliche, in gängigen semantischen Beschreibungen und linguistischen Theorien nicht berücksichtigte frame-Wissen greift auf allen Ebenen der Organisation von Sprache ein. Frame-Semantik dient daher auch zur Erfassung und Beschreibung desjenigen Teils von verstehensrelevantem Wissen, das in üblichen semantischen Beschreibungen und Theorien nicht im Fokus steht.
 7. Es könnte hier auch mit Ernesto Laclau argumentiert werden, dass „Frieden“ als leerer Signifikant mit beliebigen positiven Inhalten gefüllt werden kann (vgl. Laclau 2002).
 8. „Espero que las FARC y el ELN sepan aprovechar la oportunidad histórica que les brinda el Presidente Santos.“ (Pressemitteilung der Regierung, 03.11.2014).

Diese Bilder sind exemplarisch für normalistische Interdiskurse, in denen Krisen als soziale Gegenstände konstruiert werden (vgl. Parr 2009). Schließlich bestätigt sich im kolumbianischen Diskurs, was auch zahlreiche Autor/innen in anderen Kontexten und Fallbeispielen vermuten: Krisen sind nicht einfach, sondern werden gemacht. „Krise ist keine Sache, sondern eine Beschreibungsoption. Sie wird diagnostiziert, ausgerufen, hergestellt“ (Rühle / Brendecke 2011).

Neben Burke (1969a, 1969b), der die Funktion szenischer Begriffe in der Methode des dramatismus ausführt, bezieht sich diese Arbeit auf die diskursanalytischen Arbeiten von Parrs Arbeit. Er schreibt, wie „die genaue diskursive Konturierung der Übergänge von ‚Terroristen‘ als singulären Feind-Individuen mit Subjektstatus zu ‚Terrorismus‘ und ‚Terror‘ als diffuser Bedrohung und Gefahr ohne Subjektstatus“ (Parr 2010: 55) führt. Beide, also die abstrakte Bedrohung und die personifizierte Gefahr, werden in Kolumbien an ähnliche Kriterien geknüpft und existieren im Diskurs gleichzeitig nebeneinander. So erläutert Santos in einer Ansprache vom 14.06.2016: „Postkonflikt bedeutet, uns vom Terror zu befreien“⁹. „Terror“ tritt hier als allgemeine Bedrohung, als Definition der scene auf. Gleichzeitig bedienen die Pressemitteilungen des Militärs und der Polizei die Strategie der Kriminalisierung und Dramatisierung der Täter, indem sie sie als „FARC-Terroristen“ oder einfach nur „Terroristen“¹⁰ bezeichnen.

Pressemeldungen der Regierung dienen im mediopolitischen Diskurs unter anderem der Selbstinszenierung und somit gleichzeitig der Dramatisierung und Entdramatisierung, der Rationalisierung, dem Kompetenzbeweis. Um zu verstehen, welche Korrelationen zwischen den agents und ihren Feinden bestehen und welche Widersprüche sich in der Inszenierung und Selbstinszenierung der jeweiligen Sprecher/innen manifestieren, muss das Spannungsverhältnis zwischen Staat, bewaffneten Gruppen, sozialen Bewegungen und Zivilgesellschaft einbezogen werden. In dieser Diskurskonstellation ist der Begriff „Terror“ zentral. Wenn Santos die FARC und andere linksgerichtete Gruppen – seien sie bewaffnet oder nicht – als „Terroristen“ bezeichnet, zielt das auf die Implementierung einer Legitimität massiver Militäreinsätze gegen eben diese ab.

Ein auffälliges diskursives Mittel im Rahmen dieser Strategie der Verallgemeinerung von Terror, weg von einzelnen Subjekten hin zu einer

9. Pressemitteilungen werden aus der offiziellen Online-Präsenz der jeweiligen Akteure zitiert und sind in Dießelmann und Hetzer 2015 ausführlich analysiert. Originalzitat: „Liberarnos del terror significa vivir en un país con posconflicto.“

10. Im kolumbianischen Diskurs lässt sich in den letzten Jahrzehnten eine Verschiebung der Bezeichnung der Guerillagruppen verzeichnen. Während bis in die 1970er Jahre die Bezeichnung „guerrilla“ für die Guerillagruppen überwiegte, haben spätestens die USA zu einer Veränderung der Sprechweise beigetragen. Um ihren „Krieg gegen die Drogen“ auch auf politische Gruppen ausweisen zu können, sprachen sie von der Guerilla als „narco-guerrilla“ (Drogenguerilla). Die Verbindung von politischem Kampf zu Drogenhandel war auf diese Weise hergestellt. Heute bestimmen die Bezeichnungen „narco-terroristas“ oder einfach „terroristas“ immer mehr den öffentlichen Diskurs. Das Sprechen über die Guerilla hat sich gewandelt: von „guerillero“ als politisches Subjekt über „narco-guerrillero“ als kriminelles Subjekt bis hin zu „terrorista“ als unpolitischen Terroristen und damit vollkommen zum Feind verklärt (vgl. García Pinzón 2014).

senischen Gefahr, ist die Personalisierung der Mitglieder der Streitkräfte, wohingegen die Mitglieder der Guerilla entpersonalisiert werden. Auf diese Weise werden Angriffe gegen den Staat dramatisiert, Gefallene auf Seiten der Guerilla entdramatisiert. Am deutlichsten wird diese Strategie bei Todesfällen in Kampfhandlungen: Sterben Kämpfer der Guerilla, wird seitens der Regierung zumeist nur eine Ziffer genannt. Es heißt dann beispielsweise: „Zehn Mitglieder der FARC neutralisiert“ (Pressemitteilung der Regierung, 20.07.2015)¹¹. Dies wird von den meisten Medien übernommen, so sind tote Guerilleros im Diskurs lediglich Zahlen, die nicht einmal sterben, sondern „neutralisiert“ werden. Wenn jedoch Soldaten sterben, erscheinen sie auf den Titelseiten der Medien, mit Namen, Informationen zum persönlichen Hintergrund und Fotos von trauernden Familienangehörigen.¹² Nicht selten enthalten die Nachrichten Hinweise wie: „Zum Zeitpunkt des Angriffs waren die Soldaten wehrlos“ (El Tiempo, 16.04.2015)¹³. Diese persönliche Darstellung der Angehörigen des Militärs dient der Dramatisierung der Taten der Guerilla. Ohne die gelegentlichen „Erfolgsmeldungen“ über Festnahmen und „Neutralisierungen“ von Guerillakämpfern würden sich die eingesetzten Militärs, Polizist/innen und Militärausgaben – darunter Millionen Dollar aus US-amerikanischer Militärhilfe – nur schwer öffentlich und politisch rechtfertigen lassen. Gibt es bei Guerillaangriffen zivile Opfer, lässt sich diese Strategie verstärken. Der Staat kann dann nicht nur Erfolge gegen die Guerilla selbst vermelden, sondern sich als Beschützer der Zivilbevölkerung generieren. Die ehemals umstrittene Strategie der „harten Hand“ oder „Null-Toleranz“ wird damit zum Friedenskonzept umgedeutet.

Die Inszenierung und Konnotation des Images der FARC durch die Dramatisierung und Skandalisierung im mediopolitischen Diskurs verursacht eine hegemoniale Berichterstattung aus der die Positionen der FARC und sozial-politischer Akteure vermehrt ausgeschlossen werden. Vor allem die „Katastrophen-Collagen“ (Haller 2014: 114) unterstützen die Suggestion eines einseitigen Bildes des Konfliktes. Die FARC werden nicht nur als Hauptursache des bewaffneten Konflikts dargestellt, sondern auch im Zusammenhang dieser Darstellung weiterer Verbrechen beschuldigt, darunter der Zwangsrekrutierung und der Rekrutierung von Minderjährigen. Ein Vorwurf, der jegliche Form des Eingriffs gegen die FARC legitimiert und zugleich die Guerilla als politischen Akteur delegitimiert. Auch die diskursive Fokussierung der Regierung und der Medien auf andere schwere Menschenrechtsverbrechen dient der Legitimation sonderrechtlicher Maßnahmen gegen die Guerilla. So zählte La Semana als Gräueltaten der FARC in einem Artikel mit dem Titel „Die vergessenen Verbrechen der FARC“ („Los crímenes olvidados de las FARC“) vor allem Vergewaltigung

11. „Fueron neutralizados 10 miembros de las Farc“ (Pressemitteilung der Regierung, 20.07.2015).

12. La Semana gab im Mai 2015 nach dem Bombenangriff, bei dem 27 Guerilleros ermordet wurden, in einem Artikel mit dem Titel „Wer beweint die toten Guerilleros?“ bekannt, dass „entgegen aller Annahmen“ auch alle Leichname der toten FARC-Kämpfer von Familienangehörigen eingefordert worden seien (La Semana, 25.05.2015).

13. „Soldados asesinados estaban en estado de indefensión.“ (El Tiempo, 16.04.2015).

und sexuelle Gewalt gegen Kinder, Entführung und Zwangsrekrutierung auf. Im mediopolitischen Diskurs wird eine Verknüpfung von Schuld angeboten, in der weniger schwere Normverstöße als Teile einer Serie beschrieben werden. Selbst bei weniger dramatischen Meldungen über die FARC schwingt so die Kette der schwereren Schuldzuschreibungen implizit mit. Ein Angriff auf einen LKW durch die FARC wird in den Medien drastisch verschärft wahrgenommen, da er im Kontext weiterer Schuldzuweisungen steht.¹⁴ Haller schreibt über die Folgen dieser Strategie: „Gelingt eine überzeugende Dramatisierung in der Berichterstattung, wird es für Skandalisierte schwer, erfolgreich in die Kommunikation über das eigene Image einzugreifen“ (2014: 115).

Die normalistische Ausnahmerhetorik muss eine scene dramatisieren und diese sofort wieder zu beruhigen wissen, d.h. sie muss hoch widersprüchliche framing-Prozeduren gleichzeitig implementieren. Santos vollzieht einen rhetorischen Drahtseilakt, indem er zugleich die Delegitimierung der FARC als politischen Akteur vorantreibt und mit ihr in Verhandlung tritt. Die Dramatisierung bewirkt erheblichen Zugzwang für diejenigen, die sie beschwören: Um nicht an Glaubwürdigkeit zu verlieren, muss die Denormalisierung zumindest auch teilweise eintreten oder öffentlich sichtbar erfolgreich die Bedrohung abgewehrt worden sein. Denn wer sie ständig betont, muss sie auch anhand von Ereignissen belegen – und zwar nicht nur diskursiv. Das merkt auch Knobloch an: „Die allgemeine Verunsicherung durch Krisen und drohende Katastrophen bewegt also staatliche Akteure in ein Feld, wo sie zugleich die ständige Bedrohung und die eigene Sicherheitsgarantie betonen müssen“ (Knobloch 2008). Dies geschieht in Kolumbien durch eine dezidierte Entdramatisierungsstrategie. Die Dramatisierung eröffnet erst den Sagbarkeitsrahmen zur Entdramatisierung und damit die Möglichkeit der Manifestierung der Legitimität staatlichen Handelns. Erstmals hat Max Weber die „Typen legitimer Herrschaft“ definiert und analysiert, wie Herrschaft mit ihrer Legitimität zusammenhängt – genauer mit der Akzeptanz ihrer Legitimität. So kam er zur Unterscheidung der drei Typen legitimer Herrschaft: die legale Herrschaft, die traditionelle Herrschaft und die charismatische Herrschaft (vgl. Weber 1976 [1921 / 1922]: 124ff.). David Easton hat Legitimität in „spezifische“ und „diffuse“ Unterstützung unterschieden (vgl. Lemke 2016). Die spezifische Unterstützung ist die Zufriedenheit mit der

14. Exemplarisch nachzuweisen an einer Meldung vom 10. Juni 2016 in La Semana zum Angriff auf einen LKW von Ecopetrol, in der in Anschluss an die aktuelle Meldung (Angriff auf LKW) weitere Angriffe der FARC auf Infrastrukturen der Ölfirma beschrieben werden. Der Artikel folgert „Am beunruhigsten ist, dass diese Tat keine Seltenheit ist, sondern Alltag. [...] Putumayo, Nariño und Norte de Santander sind die am schlimmsten betroffenen Bundesländer. [...] Mehr als 14000 Barrel Öl gelangten in die Flüsse, die Erde und Feuchtgebiete. [...] Niemand kann die Motive dieser Guerillagruppe nachvollziehen, da die Betroffenen die Zivilbevölkerung und die Umwelt sind.“ Im Original: „Lo más preocupante es que este hecho no ha sido el único y que, por el contrario, se está volviendo una acción recurrente. [...] Putumayo, Nariño y Norte de Santander son los departamentos más afectados. Son más de 14.000 barriles los que se han derramado sobre ríos, tierras y humedales. [...] Nadie es capaz de entender el por qué de estas acciones del grupo guerrillero, donde los grandes afectados son la población civil y el medio ambiente.“

Verlässlichkeit des jeweiligen politischen Systems, nicht nur bezogen auf ein allgemeines Einverständnis mit dem System, sondern vor allem ein auf konkrete, individuelle Zustimmung gestütztes Einverständnis. Diese Zustimmung ist kurzweilig und veränderbar, unterliegt Konjunkturen und hegemonialen Positionen, ist anfällig für Dramatisierungen. Entsprechend dieses Modells der legitimen Herrschaft dramatisiert die kolumbianische Regierung, um daraufhin zu entdramatisieren und sich so Legitimität zu verschaffen. Ihre sprachlich verfassten Handlungsbegründungen folgen häufig einem einfachen Muster: Je dramatischer die Bedrohung, desto legitimer die Eingriffe in die bestehende Normalität zur Schaffung einer neuen Normalität.

Entdramatisierungsstrategien

Die Darstellung der Verhandlungen als „Friedensverhandlungen“ ist vor diesem Hintergrund von besonderer Relevanz. Allein die Bezeichnung der Gespräche zwischen lediglich zwei bewaffneten Partnern des Konflikts als „Friedensverhandlungen“, lässt eine durchweg positive Bewertung derselben vermuten und ihnen eine hohe Relevanz sowie Legitimität beimessen. Dieser Begriff wird mittlerweile auch weltweit von Presse und Regierungen für die Gespräche zwischen FARC und Regierung verwendet. Dieser Logik folgend würde eine Unterschrift unter ein Abkommen als „Friedensabkommen“ gedeutet werden – ungeachtet der realen Situation in Kolumbien, in dem die Gewalttaten weiterhin dramatisch sind und die politische Opposition massiver Gefahr ausgesetzt ist. Zudem wird von der kolumbianischen und den europäischen Regierungen selbst die Durchführung der Gespräche inmitten eines Krieges bereits als Erfolg beschrieben. Die Regierung versucht sich als kompetente Botschafterin und Überwinderin des Konflikts darzustellen. Kritiken an den Verhandlungen werden von Präsident Juan Manuel Santos selbst häufig minutiös und detailliert beantwortet, allerdings ohne Zweifel an seiner Kompetenz oder Absicht aufkommen zu lassen – für Missstände werden die FARC verantwortlich gezeichnet. In keiner Weise wird der Frieden als Ziel der Gespräche in Frage gestellt. Diese Charakterisierung der Gespräche und die weltweite Anerkennung von Santos als erfolgreicher Friedensverhandler dienen bereits zur Entdramatisierung des immer noch akuten Konflikts (vgl. Dießelmann / Hetzer 2015). Im mediopolitischen Diskurs wird über internationale Transkriptionsketten nachweisbar, wie diese Deutung des Konflikts übertragen und hegemonialisiert wird. Dazu wird in den Medien auf den erfolgreichen Fortschritt der Verhandlung hingewiesen und diese als an „einem entscheidenden Punkt“ stehend dargestellt. La Semana schreibt von „einem entscheidenden Moment der mutigen Verhandlungen, [...] mit denen Präsident Santos die Jahrzehnte der Gewalt in Kolumbien beendet“ (04.11.2014)¹⁵. Auch die deutsche Regierung teilte diese Bewertung: „Die aktuelle

15. „momento decisivo de valientes negociaciones [...] que brinda Presidente Santos para terminar siglos de violencia en Colombia“ (La Semana, 04.11.2014).

Situation in Kolumbien ist dadurch gekennzeichnet, dass der Präsident einen mutigen Friedensprozess initiiert hat, der im Augenblick in einer entscheidenden Phase ist“ (Pressemitteilung der Bundesregierung, 05.11.2014).

Die Darstellung der Verhandlungen als in „entscheidender Phase“ korrespondiert mit einer weiteren Attribuierung der Verhandlungen, die aus einer Äußerung des spanischen Präsidenten Rajoy transferiert wurde: Der spanische Politiker beschrieb den Konflikt in Kolumbien als „letzten Konflikt der westlichen Hemisphäre“ (Pressemitteilung der spanischen Regierung, 03.11.2014)¹⁶. Diese Bezeichnung übernimmt Santos und instrumentalisiert sie folgendermaßen: „Heute haben die Europäer die einmalige Gelegenheit, Protagonisten im kolumbianischen Friedensprozess und in der Beilegung des letzten bewaffneten Konflikts der gesamten westlichen Hemisphäre zu sein“ (Pressemitteilung des kolumbianischen Präsidenten, 04.11.2014). Die Aussage Rajoys ermöglicht Santos, die europäischen Regierungen als aktive Bündnispartner zu gewinnen. Das von der kolumbianischen Regierung verfolgte Diktum der geteilten Verantwortung am Konflikt wird auch in der Presse gesetzt. Der Konflikt wird nicht als „Krise“, sondern als „Chance“ zur Beteiligung an der Schlichtung für die europäischen Regierungen gewertet.

Im Rahmen der Setzung des Postkonflikts als scene wird auch einem der wichtigsten Kriegakteure, den kolumbianischen Streitkräften, eine neue Rolle zugeschrieben. Die Zuschreibung seitens der Medien und die Selbstinszenierung der Streitkräfte zielen darauf ab, sich als Garanten der nationalen Sicherheit neu auszurichten. Jedoch ist hier ein Wechsel der Strategie des Militärs zu beobachten, das seit einigen Jahren eine Strategie der Entdramatisierung bedient. Noch vor wenigen Jahren stellte die Regierung als Hauptaufgabe der Streitkräfte die Bekämpfung des (Inneren) Feindes dar, mit dem Ziel dadurch Sicherheit herzustellen. Noch im Wahlkampf 2010 betonten der ehemalige Präsident Álvaro Uribe Vélez und Santos diese Funktion und waren sich einig, dass ein Land in Sicherheit ein Land ohne die FARC sei. Heute wird Sicherheit vor allem in Verbindung mit dem Postkonflikt diskutiert. Die Streitkräfte werden in diesem Postkonflikt eine Schlüsselrolle spielen, schreiben auch Álvarez Gómez / Pinzón / Madrigal. Von Akteuren des Krieges werden die Soldaten zu Friedensagenten umgedeutet:

Deswegen wird es von Bedeutung sein, ob die Sicherheitskräfte die neuen Aufgaben wie die Stärkung der Funktionalität und Effizienz des Militärs zu bewältigen wissen. Auf lange Sicht wird sich an der Frage des Militärs die Legitimität des Friedens zeigen lassen. (Álvarez Gómez / Pinzón / Madrigal 2015).¹⁷

16. „último conflicto del hemisferio occidental“ (Pressemitteilung der spanischen Regierung, 03.11.2014).

17. „Esta proyección internacional de las Fuerzas Militares es lo que parece estar detrás de los acuerdos de cooperación con la OTAN. Otro de los campos de acción para las Fuerzas Militares es el de las amenazas no convencionales como los ataques cibernéticos a la seguridad del Estado, la atención de desastres y catástrofes naturales y las guerras por recursos naturales como el agua y la biodiversidad.“ (Álvarez Gómez / Pinzón / Madrigal 2015: 137).

Mit anderen Worten: Im Postkonflikt werden starke Streitkräfte mehr denn je unverzichtbar sein. Die Streitkräfte werden nicht mehr als Repressionsorgan, sondern als Präventionseinheit dargestellt. Ihre Aufgabe im Postkonflikt sei es nicht mehr, den Feind zu eliminieren, sondern neue mögliche Konflikte zu unterbinden.

Eine weitere mit der Fokussierung auf Sicherheit eng zusammenhängende fast paradox erscheinende Strategie der Entdramatisierung ist die sprachliche Entmilitarisierung des Militärs. Seit einigen Jahren übernimmt das kolumbianische Militär immer mehr zivile Aufgaben, wie z.B. die Vergabe von Impfungen, die Evakuierung bei Hochwasser und die Schutzbegleitung von internationalen Großkonzernen vor allem im Extraktivismus. Diese Spezial-Bataillone allerdings gehen nicht nur zivilen Aufgaben nach, sondern agieren unter anderem auch mit drastischen (militärischen) Mitteln gegen die Opposition.¹⁸ Zuletzt wirbt das kolumbianische Militär mit einer Plakatreihe um Unterstützung in der Bevölkerung, auf der ein General Barragán in Ausgehuniform abgebildet ist, wie er einem Kind auf dem Arm seiner Mutter Süßigkeiten schenkt. Daneben steht:

Wir sind im Herzen der Kolumbianer, und hier bleiben wir, im Krieg wie im Frieden. Denn wir sind die Garantie für wirtschaftliche Entwicklung, das Wohlergehen aller, die Sicherheit, die Menschenrechte und den Sozialen Rechtsstaat.¹⁹

Nicht nur, dass sich die Darstellung der Soldaten immer häufiger Bilder in zivilen Missionen bedient, sondern besonders die Inszenierung des Militärs als Garant für zivile Entwicklung ist interessant und befördert den guten Ruf der Institution.

Auch die FARC bedient einen Diskurs der Dramatisierung und Entdramatisierung. Hatten die FARC noch vor Beginn der Gespräche in Havanna die Regierung als Gegnerin und sich selbst als radikale Opposition dargestellt und die Übernahme der Macht auch mit militärischen Mitteln als Ziel ausgegeben, so ist diese Inszenierung in den letzten Jahren einer massiven Entschärfung anheimgefallen. Bereits zu Beginn der Verhandlungen sprachen sie in lobenden Worten von Santos. Einer der Sprecher der FARC in Havanna äußerte Ende 2013: „Unser Land braucht einen sozialen Diskurs über Landreformen, wie ihn Präsident Santos vorschlägt“ (El Espectador, 09.10.2013)²⁰. In jüngeren Meldun-

18. Das kolumbianische Militär unterhält laut Verteidigungsministerium 20 sogenannte Spezialeinheiten für Straßen und Energieversorgung („Batallones Especiales Energéticos y Viales“), die den Zugang zu Bergbauregionen für internationale Konzerne und deren Sicherheit garantieren sollen. Zu diesem Zweck sind 80.000 Mitarbeiter/innen angestellt, 36 % des Militärapparates arbeiten somit direkt im Auftrag des Extraktivismus. Laut der Menschenrechtsgruppe Mining Wacht Canadá werden in den von diesen Bataillonen kontrollierten Regionen 87 % aller internen Vertriebenen, 82 % der Menschenrechtsverletzungen und 83 % der Morde an Sprecher/innen sozialer Bewegungen verzeichnet. Obwohl die Funktion dieser Bataillone offiziell die „Sicherheit der Infrastruktur“ ist, lässt sich das Gegenteil feststellen: Es kommt zu einer dramatischen Verschlechterung der Sicherheit für die zivile Bevölkerung.

19. Originalzitat: „Estamos en el corazón de los colombianos y ahí nos vamos a quedar, porque en tiempos de guerra o de paz, continuaremos siendo garantes del desarrollo, del bienestar, de la seguridad, los derechos humanos, del estado social de derecho.“

20. „Sin duda, nuestro país necesita un discurso social, como el que expone el presidente Santos, de reformas estructurales a la tenencia de la tierra.“ (El Espectador, 09.10.2013).

gen nennt die FARC die Gespräche mit der Regierung des Präsidenten Santos „schwierig“ („complejo“) und „kompliziert“ („complicado“) (Pressemeldung der FARC, 10.06.2016) und bezichtigt Santos der Lügen und des Betrugs an den sozialen Bewegungen (Pressemitteilung der FARC, 06.06.2016). Im Gegenzug gab die Regierung am 13.06.2016 bekannt, dass Haftbefehle gegen mehrere Kommandanten der FARC ausgestellt seien. Im mediopolitischen Diskurs werden Normen und Legitimität permanent verhandelt. Der Zusammenhang von Legitimität und Normalität kann besonders an Krisenmomenten aufgezeigt werden, in denen und mittels derer Handlungen entgegen der gegebenen Legalität implementiert werden und daher besonderer Begründung bedürfen. Hegemonie entsteht in zeitlichem Abstand, durch langwierige Prozesse der Implementierung von Legitimität, die erst in der Rückschau abschließend bewertet werden können.

Tatsächlich lässt sich ein Krieg nicht endlos entdramatisieren, ohne dass die Sicherheitskräfte an Legitimität einbüßen würden. Vor dem Hintergrund, dass in ganz Kolumbien paramilitärische Gruppen ihr Unwesen treiben und Massaker begehen sowie selbst die Regierung Santos im Verlauf der Verhandlungen weiterhin Angriffe gegen die FARC führte, ist es erstaunlich, dass es Santos und seiner Regierung gelingt, den Deutungsrahmen „Frieden“ und „Postkonflikt“ öffentlich weitgehend zu etablieren und darüber massiv zu entdramatisieren. In den letzten Jahren hat Santos diskursives Land gegenüber kritischen Stimmen von Nichtregierungs- und Menschenrechtsorganisationen gewonnen. Im Gegensatz zu seinem Vorgänger Uribe ist es ihm mit seiner diskursiven Strategie gelungen, Hegemonie zu beeinflussen, indem er seit Beginn der Verhandlungen eine umsichtige internationale Strategie fährt. Kritik daran formuliert Ardila:

Wenn die Außenministerien die Nichtregierungsakteure ignorieren, sich von ihnen distanzieren oder sie ausschließen, [...] begünstigen sie die Gefahr, dass die internationale Gemeinschaft eine ungenaue und verschobene Wahrnehmung der Realität des Landes hat (2009: 113).²¹

So ist es nicht verwunderlich, dass neben dem allüberbordenden Friedenthema der Terrorismus, die Drogenproblematik, Menschenrechtsverletzungen, Vertreibungen und politische Morde an Journalist/innen und Gewerkschafter/innen mehr und mehr in den Hintergrund treten, obwohl sie nach wie vor ein Teil der sozialen Realität sind und für die Zivilbevölkerung eine konkrete Gefahr darstellen.

21. „En este sentido, si los ministerios de relaciones exteriores ignoran, se distancian o no incluyen [...] a los actores no gubernamentales, corren el riesgo de propiciar diplomacias paralelas y una mayor fragmentación, en ausencia de una política de Estado, como sucede en el caso colombiano.“ (Ardila 2009: 113).

Fazit

Die vorliegende Analyse dient im Folgenden dazu, exemplarisch auf die Schere zwischen den in dieser Arbeit herausgearbeiteten international zirkulierenden medialen Images und den tatsächlichen Verhältnissen hinzuweisen. Das Beispiel lässt zeigen, wie weit Darstellungen im internationalen Krisendiskurs von der Realität differieren. Konkret ist problematisch an der Attribuierung der Verhandlungen zwischen Regierung und Guerilla als „Friedensverhandlungen“, dass so die Abkommen als ein Schritt in Richtung Frieden dargestellt werden können, ohne die Paramilitärs²² zu berücksichtigen. Die sind allerdings weiterhin die größten Verursacher von Menschenrechtsverbrechen in Kolumbien. Der Diskurs über die Friedensverhandlungen ermöglicht es, die Beteiligung dieser auch „bacrim“ (kriminelle Banden) genannter Gruppen am Konflikt zu verschleiern. Die Darstellung der Verhandlungen mit den FARC als „Friedensverhandlungen“ lässt die übrigen Kriegsakteure von der mediopolitischen Bühne und damit auch aus der politischen Verantwortung verschwinden. Diese Ausblendung der Realität und der realen Machtverteilung im Land scheint von Regierungsseite billigend in Kauf genommen und beizeiten gefördert zu werden. Dadurch wird den FARC eine erhöhte und im Verhältnis zu ihrem Einfluss auf den Konfliktausgang unverhältnismäßige Verantwortung zuteil (vgl. Cuervo/Gehring 2014). Gleichzeitig erscheint der Konflikt als lösbar und ein Frieden möglich – eine Einschätzung, die unter Einbeziehung der gesamten Konfliktpartner und -ursachen weitaus komplexer zu bewerten wäre.

Die Beschreibung der Verhandlungen in Havanna, des Friedens und des Postkonflikts sowie die Charakterisierung der Person Santos tragen zur positiven verzerrten Wahrnehmung des Landes in der internationalen Öffentlichkeit bei. Santos ist für das Gelingen dieses diskursiven Schachzugs zentral, denn der Deutungsrahmen als „Friedensbotschafter“ und fähiger, mutiger Politiker wird in vielen Medien aufgegriffen und hat bereits zur Personifizierung des Prozesses geführt. Erstaunlich ist diese Entwicklung vor allem, da Santos von 2006 bis 2009 Verteidigungsminister unter Uribe war und sich in dieser Funktion vor allem als Befürworter einer Politik der „harten Hand“ einen Namen im Kampf gegen die Guerilla machte. Der bedingungslose Kampf gegen die Guerilla war auch noch der Erfolgsgarant seines Wahlsieges zum Präsidenten im Juni 2010. Santos selbst erklärte zwei Tage nach der Wahl:

22. Paramilitärs sind ultrarechte Kontraguerrillaeinheiten mit bisweilen faschistischer Ideologie, die von der Oligarchie, den Regierungen und Großgrundbesitzern für Massaker und extralegale Hinrichtungen angeheuert werden. Ihr landesweiter Zusammenschluss AUC (Autodefensas Unidas de Colombia) gilt seit seiner Auflösung unter dem rechten Präsidenten Uribe 2006 offiziell als demobilisiert, sie agieren jedoch weiter und werden im Diskurs als bacrim (kriminelle Banden) weitergeführt. Sie terrorisieren die Zivilbevölkerung, drohen Indigenen mit vollkommener Ausrottung, verdingen sich im Drogen- und Waffengeschäft und mit Auftragsmorden. Paramilitärs haben direkte Verbindungen bis in höchste Regierungskreise, was nicht zuletzt im Parapolitik-Prozess öffentlich wurde.

Kolumbien tritt aus dem Alptraum der Gewalt heraus. Solange sie [die Guerilla; Anmerkung von ALD] terroristische Methoden anwenden, das Volk angreifen, wird es keine Dialoge geben, sondern wir werden sie mit aller Härte und Stärke bekämpfen (Seguridad y Defensa 2010).²³

Ein Wandel der innenpolitischen Leitlinie von dem Expräsidenten Álvaro Uribe zu Santos war also vorerst nicht abzusehen. Vier Jahre später bei der Präsidentschaftswahl schrieben die großen Tageszeitungen Kolumbiens: „Kolumbien entscheidet zwischen Frieden und harter Hand gegen die FARC“ (La Semana, 16.06.2014)²⁴ – wobei sich „Frieden“ nun auf Santos und „harte Hand“ auf den Kontrahenten aus dem rechten Lager, Óscar Iván Zuluaga, bezog. Santos konnte sein Image in den ersten vier Jahren im Präsidentschaftsamt diametral umkehren. Mit der Wiederwahl hat Santos es nicht nur geschafft, den Frieden als zentralen Topos im Diskurs zu platzieren, sondern auch seine Person damit untrennbar zu verflechten. Medien behaupteten, dass die Entscheidung für oder gegen Santos mit der Entscheidung für oder gegen Frieden(sverhandlung) gleichzusetzen sei. Dieses re-framing gelang, obwohl Santos die Politik der „harten Hand“ weiterhin als Militärstrategie durchsetzt. Santos' Imagepolitik ist international so erfolgreich, dass die Außenwahrnehmung eines sich in der Transition befindlichen Landes in einer Verbesserung der internationalen Beziehungen resultiert. Im Gegenzug profitiert auch Europa von einer Intensivierung der bilateralen Beziehungen, weil sich das wirtschaftliche Engagement in einem „friedlichen“ Land als Aufbauhilfe problemlos rechtfertigen lässt. Anhand der Analyse der sprachlichen und diskursiven Strategien ist es möglich, Regierungsinszenierungen und hegemoniale Positionen aufzuzeigen. Damit lässt sich die Entdramatisierungsstrategie der Regierungen nachweisen und der Fokus auf die zugrunde liegenden Machtverhältnisse lenken.

Literaturverzeichnis

- Álvarez Gómez, Christian / García Pinzón, Viviana / Madrigal, Alexander (2015) „Las Fuerzas Militares y de Policía en el Posconflicto Armado: Futuros Escenarios y Reformas“. In: Guerrero Sierra / Hugo Fernando / Wilches Tinjacá et al. (Hrsg.), *Perspectivas Multidimensionales de la Paz en Colombia*, Bogotá: Grupo Editorial Ináñez, S. 135-163.
- Ardila, Martha (2009) „Actores no gubernamentales y política exterior. A propósito del sector académico y el diseño de la política exterior migratoria colombiana“. *Colombia Internacional* 69, S. 108-123.
- Bührmann, Andrea / Schneider, Werner (2008) *Vom Diskurs zum Dispositiv. Eine Einführung in die Dispositivanalyse*. Bielefeld: Transcript.

23. Originalzitat: „Colombia está saliendo de su pesadilla del secuestro y la violencia; mientras insistan en sus métodos terroristas, mientras insistan en atacar al pueblo colombiano no habrá dialogo y las seguiremos enfrentando con toda la dureza, con toda la firmeza.“

24. „Colombia decide entre la paz y la mano dura contra las Farc.“ (La Semana, 16.06.2014).

- Burke, Kenneth (1969a) *A Grammar of Motives*. Berkeley: University of California Press.
- Burke, Kenneth (1969b) *A Rhetoric of Motives*. Berkeley: University of California Press.
- Cuervo, Margarita/Gehring, Hubert (2014) „Präsident Santos auf Europatour“. KAS Länderbericht Kolumbien von Oktober 2014, Berlin: Verlag KAS.
- Dießelmann, Anna-Lena / Hetzer, Andreas (2015) „La representación del gobierno Santos y su repercusión en el discurso mediático-político en Europa y Colombia“. *Análisis Político* 84, [<http://www.revistas.unal.edu.co/index.php/anpol/article/view/54636>], Stand: 16.06.2016, S. 322.
- Dießelmann, Anna-Lena (2016) „Der Ausnahmezustand. Zur schleichenden Implementierung und Legitimität von sonder- und außerrechtlichen Maßnahmen“. In: Matthias Lemke / Kristina Weissenbach / Toralf Stark et al. (Hrsg.), *Legitimitätspraxis. Politikwissenschaftliche und soziologische Perspektiven*, 1. Aufl., Wiesbaden: Springer VS, S. 39-60.
- Foucault, Michel (2003) *Die Ordnung des Diskurses*. Inauguralvorlesung am Collège de France am 2. Dezember 1970, 9. Aufl., Frankfurt a.M.: Fischer Taschenbuch.
- García Pinzón, Viviana (2014) „Reformas al Sector Seguridad en Contextos de Post-Conflicto Armado: Experiencias en Centroamérica y consideraciones sobre el Caso Colombiano“. *Poderes Regionales y Globales en un Mundo Cambiante*, Conferencia FLACSO-ISA, Buenos Aires: FLACSO.
- García Villegas, Mauricio (2008) „Un país de estados de excepción“. *El Espectador*, [<http://www.elespectador.com/impreso/politica/articuloimpreso43317-un-pais-de-estados-de-excepcion>], Stand: 28.06.2016.
- Haller, André (2014) *Dissens als kommunikatives Instrument. Theorie der intendierten Selbstskandalisierung in der politischen Kommunikation*. 2. korrigierte Auflage, Bamberg: University of Bamberg Press (Bamberger Beiträge zur Kommunikationswissenschaft, 1).
- Knobloch, Clemens (2008) *Der Präventivstaat und seine Feinde*. Vorlesung an der Philipps-Universität Marburg am 19.05.2008, [www.online.uni-marburg.de/sem/sose08/docs/praeventiv.pdf], Stand: 14.09.2015.
- Laclau, Ernesto (Hrsg.) (2002) *Emanzipation und Differenz*. Wien: Turia und Kant.
- Lemke, Matthias (2016) *Legitimitätspraxis. Politikwissenschaftliche und soziologische Perspektiven*. 1. Aufl., Wiesbaden: Springer VS Verlag.
- Link, Jürgen (1992) „Normalismus: Konturen eines Konzepts“. *kultuRRévolution* 27, S. 5070.
- Link, Jürgen (2009) *Versuch über den Normalismus. Wie Normalität produziert wird*. 2. Aufl., Opladen, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Parr, Rolf (2009) „Kollektivsymboliken der Finanzkrise(n)“. *DISS Journal* 18, [www.diss-duisburg.de/2009/12/kollektivsymboliken-der-finanzkrisen/], Stand: 20.02.2013.

- Parr, Rolf (2010) „Nach der Krise ist vor der Krise. Symbole und Narrative der Stadienabfolge in der Börsenberichterstattung von Print- und AV-Medien“. In: Jutta Müller/Walter Schmitz (Hrsg.), „Hoffentlich wird es nicht so schlimm, wie es ist.“ Zu Ursachen, Auswirkungen und Wahrnehmungen der ‚Krise‘, Dresden: Thelem.
- Reisigl, Martin (2007) Der Wiener Ansatz der Kritischen Diskursanalyse. [<http://www.qualitative-research.net/index.php/fqs/article/viewArticle/270/591>], Stand: 08.03.2011.
- Rühle, Alex / Brendecke, Arndt (2011) „Action! Sonst Untergang! Der Historiker Arndt Brendecke über Krisenrhetorik“. Süddeutsche Zeitung, 03.12.2011.
- Weber, Max (1976 [1921/1922]) Wirtschaft und Gesellschaft. Studienausgabe. Tübingen: Mohr.